

Schriftenreihe

Rechtliche Betreuung und Vormundschaft | Band 2

Norbert Ahrend, Ramona Groneberg, Bärbel Held (Hrsg.)

Peter Schaarschmidt

Probleme bei der Abgrenzung rechtlicher Betreuung von sozialer Betreuung

**Eine kritische Analyse der Ursachen und Bewertung
der wissenschaftlichen Ansätze zur
Weiterentwicklung der rechtlichen Betreuung**

Peter Schaarschmidt, Jahrgang 1976, ist seit 2006 als selbständiger Berufsbetreuer tätig. Während des berufsbegleitenden Bachelor-Studienganges „Public Management: Betreuung und Vormundschaft“ an der Akademie für öffentliche Verwaltung und Recht der Steinbeis Hochschule Berlin befasste er sich mit der Problematik der Abgrenzung rechtlicher Betreuung von sozialer Betreuung.

Schriftenreihe

Rechtliche Betreuung und Vormundschaft | Band 2

Norbert Ahrend, Ramona Groneberg, Bärbel Held (Hrsg.)

Peter Schaarschmidt

Probleme bei der Abgrenzung rechtlicher Betreuung von sozialer Betreuung

**Eine kritische Analyse der Ursachen und Bewertung
der wissenschaftlichen Ansätze zur
Weiterentwicklung der rechtlichen Betreuung**

Impressum

© 2015 Steinbeis-Edition

Alle Rechte der Verbreitung, auch durch Film, Funk und Fernsehen, fotomechanische Wiedergabe, Tonträger jeder Art, auszugsweisen Nachdruck oder Einspeicherung und Rückgewinnung in Datenverarbeitungsanlagen aller Art, sind vorbehalten.

Schriftenreihe

Rechtliche Betreuung und Vormundschaft | Band 2

Norbert Ahrend, Ramona Groneberg, Bärbel Held (Hrsg.)

Peter Schaarschmidt

Probleme bei der Abgrenzung rechtlicher Betreuung von sozialer Betreuung

Eine kritische Analyse der Ursachen und Bewertung der wissenschaftlichen Ansätze zur Weiterentwicklung der rechtlichen Betreuung

1. Auflage 2015 | Steinbeis-Edition, Stuttgart

ISBN 978-3-95663-029-3

Satz: Steinbeis-Edition

Druck: WIRMachenDRUCK GmbH, Backnang

Steinbeis ist weltweit im unternehmerischen Wissens- und Technologietransfer aktiv. Zum Steinbeis-Verbund gehören derzeit rund 1.000 Unternehmen. Das Dienstleistungsportfolio der fachlich spezialisierten Steinbeis-Unternehmen im Verbund umfasst Forschung und Entwicklung, Beratung und Expertisen sowie Aus- und Weiterbildung für alle Technologie- und Managementfelder. Ihren Sitz haben die Steinbeis-Unternehmen überwiegend an Forschungseinrichtungen, insbesondere Hochschulen, die originäre Wissensquellen für Steinbeis darstellen. Rund 6.000 Experten tragen zum praxisnahen Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft bei. Dach des Steinbeis-Verbundes ist die 1971 ins Leben gerufene Steinbeis-Stiftung, die ihren Sitz in Stuttgart hat. Die Steinbeis-Edition verlegt ausgewählte Themen aus dem Steinbeis-Verbund.

176297-2015-05 | www.steinbeis-edition.de

Vorwort

Die Arbeit wurde als Bachelor-Thesis zur Erlangung des akademischen Grades Bachelor of Arts eingereicht. Sie untersucht vor dem Hintergrund der Abgrenzung der rechtlichen Betreuung von sozialen Betreuungsleistungen die Frage, welche Chancen und Risiken die wissenschaftlichen Ansätze zur Weiterentwicklung der rechtlichen Betreuung bergen.

Zunächst werden die Entwicklung des Betreuungsrechtes seit Einführung des Betreuungsgesetzes und die Rechtsgrundlagen jeweils der rechtlichen Betreuung sowie sozialer Betreuungsleistungen als Hinführung auf die Thematik beschrieben.

Anschließend werden der aktuelle Stand der Diskussion der Abgrenzungsproblematik in der Wissenschaft, die Positionen der Berufsverbände der Betreuer sowie die empirischen Untersuchungen im Zusammenhang mit der untersuchten Problematik dargestellt.

Im Folgenden werden die Ursachen der Abgrenzungsproblematik analysiert und die wissenschaftlichen Ansätze zur Weiterentwicklung der rechtlichen Betreuung hinsichtlich der potentiellen Auswirkungen ihrer Umsetzung im Hinblick auf die betreuten Menschen, die beruflich tätigen Betreuer, die Erbringer sozialer Betreuungsleistungen und den Sozialstaat bewertet.

Schließlich wird die These des Verfassers hinsichtlich der Forschungsfrage formuliert, das Ergebnis der Untersuchung zusammengefasst und ein Ausblick auf die mögliche wissenschaftsexterne und wissenschaftsinterne Verwendung der Untersuchungsergebnisse gegeben.

Peter Schaarschmidt,
im April 2015

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	9
1 Einleitung.....	11
1.1 Die Problemstellung der Arbeit.....	12
1.2 Die wissenschaftliche Einordnung der Arbeit.....	13
1.3 Der Aufbau der Arbeit	14
2 Die Entwicklung des Betreuungsrechtes seit Implementierung des Betreuungsgesetzes	17
2.1 Das Betreuungsgesetz.....	18
2.2 Das erste Betreuungsrechtsänderungsgesetz.....	20
2.3 Das zweite Betreuungsrechtsänderungsgesetz	21
2.4 Das dritte Betreuungsrechtsänderungsgesetz	23
2.5 Das Gesetz zur Stärkung der Funktion der Betreuungsbehörde.....	24
2.6 Ausblick auf mögliche Änderungen des Betreuungsrechtes.....	25
3 Die Rechtsgrundlagen der rechtlichen Betreuung und sozialer Betreuungsleistungen	27
3.1 Die Rechtsgrundlagen der rechtlichen Betreuung	27
3.1.1 Das Verfahrensrecht in Betreuungssachen.....	27
3.1.2 Das materielle Betreuungsrecht	29
3.2 Die Rechtsgrundlagen sozialer Betreuungsleistungen	35
3.2.1 Die rechtlichen Grundlagen der Leistungen der Einrichtungen des ambulant betreuten Wohnens	37
3.2.2 Die rechtlichen Grundlagen der Leistungen ambulanter Pflegedienste.....	40
3.2.3 Die rechtlichen Grundlagen der Leistungen der Krankenhaussozialdienste	42
3.2.4 Die rechtlichen Grundlagen der Leistungen der Pflegeheime.....	43
3.2.5 Die rechtlichen Grundlagen der Leistungen sozialtherapeutischer Wohnstätten.....	46
3.2.6 Rechtliche Grundlagen weiterer sozialer Betreuungsleistungen	47

4	Die Diskussion der Abgrenzungsproblematik in der Wissenschaft	51
4.1	Die rechtliche Betreuung als Instrument der Rechtsfürsorge	52
4.2	Die rechtliche Betreuung als Teil der sozialen Arbeit	57
5	Die Positionen der Berufsverbände der rechtlichen Betreuer	63
5.1	Der BdB e. V.	63
5.2	Der BVfB e. V.	65
5.3	Der BuKo e. V. und der Bagfw e. V.	66
6	Empirische Untersuchungen im Zusammenhang mit der Abgrenzungsproblematik	69
6.1	Die BEOPS Studie	70
6.2	Die ISG Studie	71
6.3	Die Projektstudienarbeit des Verfassers	73
7	Analyse der Ursachen der Abgrenzungsproblematik	75
7.1	Historische Ursachen der Abgrenzungsproblematik	75
7.2	Rechtliche Ursachen der Abgrenzungsproblematik	77
7.3	Rechtsanwendung als Ursache der Abgrenzungsproblematik	79
7.4	Zusammenfassung der Ursachen der Abgrenzungsproblematik	81
8	Bewertung der wissenschaftlichen Positionen hinsichtlich der Weiterentwicklung der Betreuung	83
8.1	Bewertung der potentiellen Auswirkungen der wissenschaftlichen Positionen im Hinblick auf die betreuten Menschen	84
8.2	Bewertung der potentiellen Auswirkungen der wissenschaftlichen Positionen im Hinblick auf die beruflich tätigen Betreuer	87
8.3	Bewertung der potentiellen Auswirkungen der wissenschaftlichen Positionen im Hinblick auf die Erbringer sozialer Betreuungsleistungen	89
8.4	Bewertung der potentiellen Auswirkungen der wissenschaftlichen Positionen im Hinblick auf den Sozialstaat	91
9	These	95

10 Fazit und Ausblick.....	97
Literaturverzeichnis.....	99
Quellenverzeichnis.....	104
Internetquellen	105

Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
a. F.	alter Fassung
BAGFW e. V.	Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege e. V.
BdB e. V.	Bundesverband der Berufsbetreuer / innen e. V.
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGT e. V.	Betreuungsgerichtstag e. V.
BtÄndG	Betreuungsrechtsänderungsgesetz
BtBG	Betreuungsbehördengesetz
BtPrax	Betreuungsrechtliche Praxis
BUKO	Bundeskonferenz der Betreuungsvereine
BVfB e. V.	Bundesverband freier Berufsbetreuer e. V.
bzw.	beziehungsweise
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
CSU	Christlich-Soziale Union in Bayern e. V.
ebd.	ebenda
FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
F.A.Z.	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FGG	Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit
ff.	fortfolgende
grds.	grundsätzlich
ISG	Otto-Blume-Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e. V.
KSV Sachsen	Kommunaler Sozialverband Sachsen
o. A.	ohne Angabe
OLG	Oberlandesgericht
RPfG	Rechtspflegergesetz
SächsBeWoG	Sächsisches Betreuungs- und Wohnqualitätsgesetz
SächsPsychKG	Sächsisches Gesetz über die Hilfen und die Unterbringung bei psychischen Krankheiten
SGB	Sozialgesetzbuch
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands

StGB	Strafgesetzbuch
StVollzG	Strafvollzugsgesetz
UN	Vereinte Nationen
VBVG	Vormünder- und Betreuervergütungsgesetz
WoGG	Wohngeldgesetz
ZPO	Zivilprozessordnung
§	Paragraph
§§	Paragraphen

1 Einleitung

Quo vadis Betreuung? – mit dieser Fragestellung könnte die derzeitige Situation der rechtlichen Betreuung in der Bundesrepublik Deutschland beschrieben werden.

Vor allem in dem Spannungsfeld zwischen der gewollten Ablösung einer anonymen Verwaltung der Mündel durch eine persönliche Betreuung sowie einer Stärkung des Selbstbestimmungsrechtes der Betroffenen einerseits und dem zunehmenden Kostendruck auf die Justizhaushalte der Bundesländer andererseits¹, folgten auf die Ablösung des Vormundschaftsrechtes durch das am 01.01.1992 in Kraft getretene Betreuungsgesetz bislang drei Betreuungsrechtsänderungsgesetze.

Die Absichten der aktuellen Bundesregierung hinsichtlich einer weiteren Reform des Betreuungsrechtes werden in dem Kapitel 5.2 des unter dem Titel „Deutschlands Zukunft gestalten“² verfassten Koalitionsvertrages zwischen CDU, CSU und SPD mit der Ankündigung: „Wir wollen das Betreuungsrecht in struktureller Hinsicht verbessern und damit das Selbstbestimmungsrecht hilfebedürftiger Erwachsener bedarfsgerecht stärken.“³ beschrieben.

Welche konkreten Maßnahmen zur Änderung der Strukturen des Betreuungsrechtes ergriffen werden, bleibt ebenso abzuwarten wie die politische Entscheidung über die Bemessung des Bedarfes der Stärkung des Selbstbestimmungsrechtes betreuter Menschen.

Vor dem Hintergrund der erneuten geplanten Revision des Betreuungsrechtes stellt sich wiederum die Frage, ob die rechtliche Betreuung auch als Teil der sozialen Arbeit aufgefasst und wie der rechtliche und der soziale Anteil der Tätigkeit eines Betreuers gegebenenfalls austariert werden sollte.

Für die Beurteilung der Notwendigkeit einer Ausweitung der Zuständigkeit rechtlicher Betreuer auch auf Bereiche der sozialen Betreuung der Klienten und

1 Winterstein, 2012, S. 223–224

2 www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2013/2013-12-17-koalitionsvertrag.pdf?__blob=publicationFile&v=2, S. 1

3 ebd., S. 154